



LANDTAG
Rheinland-Pfalz

18/1455

VORLAGE

Haushalts- und Finanzausschuss
des Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Vorsitzenden
Thomas Wansch
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5
55116 Mainz
Postfach 33 20
55023 Mainz
Telefon 06131 16-4302
Telefax 06131 16-4300
Doris.Ahnen@fm.rlp.de
www.fm.rlp.de

Mein Aktenzeichen
402-0002#2022/0001-0401 401
Bitte immer angeben!

Telefon / Fax
06131 16-4360

1. März 2022

18. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 10. Februar 2022
hier: TOP 1 „Inflationsrate steigt auf über 5 Prozent“, Vorlage 18/1004

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anbei erhalten Sie den von der Landesregierung zugesagten Sprechvermerk zu TOP 1 „Inflationsrate steigt auf über 5 Prozent“ der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 10. Februar 2022.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Ahnen

Anlage

Haushalts- und Finanzausschuss am 10. Februar 2022

Vorlage 18/1004 – Antrag der AfD-Fraktion

„Inflationsrate steigt auf über 5 Prozent“

Anrede,

das Statistische Bundesamt hat am 19. Januar 2022 mitgeteilt, dass die Verbraucherpreise in Deutschland im Jahr 2021 um jahresdurchschnittlich 3,1 Prozent gestiegen sind. Die Inflation hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr spürbar erhöht. Im Jahr 2020 lag die Preissteigerung noch bei lediglich 0,5 Prozent.

Für die hohe Preissteigerung des letzten Jahres gibt es eine Reihe von Gründen, und es ist notwendig, sich diese Gründe im Einzelnen vor Augen zu führen.

Das Jahresergebnis 2021 war durch steigende monatliche Inflationsraten insbesondere im zweiten Halbjahr geprägt, die im Dezember 2021 – im Vergleich zum Vorjahresmonat – einen ungewöhnlich hohen Wert von 5,3 Prozent erreichten. Die hohen Inflationsraten in der zweiten Jahreshälfte 2021, die wir bis an den aktuellen Rand beobachten, sind dabei insbesondere auch das Resultat vergleichsweise niedriger Preise im Jahr 2020, das heißt im Ausgangsjahr der Pandemie.

Eine der Ursachen für die relativ niedrigen Preise im Jahr 2020 ist die befristete Senkung der Mehrwertsteuersätze von Juli bis Dezember, die im Rahmen eines umfangreichen fiskalischen Konjunkturpakets beschlossen wurde und deren Wegfall im Jahr 2021 gewissermaßen automatisch einen Anstieg des Preisniveaus nach sich zog.

Ein weiterer Grund für die gestiegenen Preise besteht darin, dass die globale Wirtschaft bemerkenswert schnell wieder auf einen Erholungs-

kurs eingeschwenkt ist. Damit war gleichzeitig auch ein starker Anstieg der Nachfrage verbunden, der wiederum zu Lieferengpässen bei Rohstoffen und wichtigen Vorprodukten geführt hat. Auch hiervon ging ein Druck auf höhere Preise aus. Die aktuell sehr hohen Jahresraten bei der Preissteigerung sind in dieser Hinsicht auch eine Konsequenz aus der Bewältigung der weltweiten Wirtschaftskrise, die der Ausbruch der Pandemie im Jahr 2020 ausgelöst hat.

Einen besonders hohen Preisanstieg wiesen im Jahr 2021 die Energieprodukte – darunter vor allem leichtes Heizöl und Kraftstoffe – auf, die sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt deutlich um 10,4 Prozent verteuerten.

In diesem Fall ist ebenfalls zu berücksichtigen, dass die Preise auf Energieprodukte im Jahr 2020 noch um 4,8 Prozent zurückgegangen waren. Auch hier gab es demzufolge Basiseffekte wegen eines vergleichsweise niedrigen Preisniveaus im Jahr zuvor. Hinzu kam eine stark gestiegene globale Nachfrage nach fossilen Energieträgern. Darüber hinaus wirkte sich die zu Jahresbeginn eingeführte CO₂-Abgabe preiserhöhend aus. Die genannten Faktoren zusammengenommen führten dazu, dass die Energiepreise im Dezember 2021 um 18,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats lagen. Auch dies ist zweifellos ein außergewöhnlich hoher Wert. Das Statistische Bundesamt hat errechnet, dass die Inflationsrate ohne Berücksichtigung der Energiepreise jahresdurchschnittlich 2,3 Prozent statt 3,1 Prozent betragen hätte.

Berechnungen der Deutschen Bundesbank zufolge entfällt knapp 1 Prozentpunkt des Verbraucherpreisanstiegs im Jahr 2021 – damit ist gemeint: ein Prozentpunkt der jahresdurchschnittlichen Rate in Höhe von 3,1 Prozent – auf die aufgehobene Senkung der Mehrwertsteuersätze sowie auf die Einführung der CO₂-Bepreisung für die Bereiche Wärme und Verkehr. Diese beiden Effekte entfallen im laufenden Jahr.

Auch die übrigen Einflussfaktoren – die Lieferengpässe und die sehr hohe Rohstoffnachfrage – haben grundsätzlich einen vorübergehenden Charakter. Sie werden fraglos noch eine gewisse Zeit andauern.

Die entscheidende Frage ist dabei, wie lang dies tatsächlich der Fall sein wird. In der Mehrzahl der vorliegenden Prognosen wird aktuell unterstellt, dass die Bedeutung der preiserhöhenden Faktoren im weiteren Verlauf des Jahres 2022 allmählich abnehmen und sich die Preisentwicklung – ausgehend von den sehr hohen monatlichen Raten zum Jahreswechsel – damit schrittweise wieder beruhigen wird. Ähnliches gilt mit Blick auf die Entwicklung der Energiepreise, bei denen überwiegend ebenfalls im weiteren Verlauf des Jahres 2022 mit einer allmählichen Entspannung gerechnet wird.

Die Bundesregierung geht in ihrem am 26. Januar 2022 beschlossenen Jahreswirtschaftsbericht davon aus, dass die Teuerungsrate im Jahr 2022 noch immer bei 3,3 Prozent – und damit sogar noch etwas höher als im Jahr 2021 – liegen wird. Dabei handelt es sich um die Preissteigerung im Jahresvergleich. Auch in diesem Konjunkturbild wird unterstellt, dass sich die derzeit sehr hohen Steigerungsraten im Vergleich zum Preisniveau im jeweiligen Vorjahresmonat im Jahresverlauf zurückbilden werden.

Der mittelfristige Preisausblick ist, wie dargelegt, derzeit äußerst unsicher. Insbesondere stellt sich in der gegenwärtigen Situation die Frage, ob es infolge der gestiegenen Energiepreise zu sogenannten Zweitrundeneffekten kommt, ob sich also Verbrauchsgüter und Dienstleistungen ebenfalls verteuern und ob sich dadurch Auswirkungen in Form höherer Lohnabschlüsse ergeben, was wiederum zu selbstverstärkenden Effekten, zu einem länger anhaltenden Preisanstieg und zu entsprechend negativen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt führen kann. Dies wäre dann auch für die Geldpolitik der Europäischen Zentral-

bank von Bedeutung, die bekanntlich mittelfristig ein symmetrisches Inflationsziel für den Euroraum von 2 Prozent anstrebt.

Die fiskalischen Wirkungen der höheren Inflationsrate lassen sich nicht sinnvoll abgrenzen bzw. identifizieren – auch weil der betrachtete Zeitraum bislang auf wenige Monate beschränkt ist. Grundsätzlich wirken sich gestiegene Preise sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte aus. So sind die Ausgaben des Landes z.B. von steigenden Energiepreisen betroffen. Die vom Land gezahlten Preise wurden allerdings oft für einen längeren Zeitraum festgelegt. Die Effekte höherer Inflationsraten lassen sich deshalb kurzfristig kaum quantifizieren.

Einnahmeseitig steigt beispielsweise für sich genommen das Aufkommen der Umsatzsteuer, wenn die Nettopreise auf der Produzentenseite – etwa infolge höherer Kosten für Vorprodukte – zunehmen. Mit Blick auf das zweite Halbjahr 2021 steht dem allerdings der Effekt gesunkener Nettopreise gegenüber, die infolge der Mehrwertsteuersenkung im Jahr zuvor noch – in unterschiedlichem Umfang – gestiegen waren. Es würde eine alles andere als einfache Aufgabe darstellen, die beiden Effekte empirisch voneinander abzugrenzen.

Viele Menschen betrachten die gestiegenen Inflationsraten der vergangenen Monate mit Sorge. Das ist auch gut nachvollziehbar. Höhere Inflationsraten bedeuten einen Kaufkraftverlust, unter dem einkommensschwächere Haushalte besonders leiden. Haushalte mit geringerem Einkommen werden von Inflation schon deswegen härter getroffen, weil sie einen größeren Teil ihres Einkommens für Konsumzwecke aufwenden. Gerade die steigenden Energiekosten stellen vor diesem Hintergrund für viele Menschen derzeit eine besondere Belastung dar.

Diese Entwicklung ist ernst zu nehmen. Zur Unterstützung der betroffenen Haushalte sind zielgerichtete und zielgruppenspezifische Instrumen-

te sinnvoll. Es ist deshalb richtig und begrüßenswert, dass die Bundesregierung angekündigt hat, u.a. für die Bezieherinnen und Bezieher von Wohngeld einen Zuschuss zu den Heizkosten auf den Weg zu bringen. Diese Maßnahme soll schon kurzfristig umgesetzt werden, um so die Mehrkosten aus den kalten Wintermonaten abzumildern. Sie werden rd. 2,1 Mio. Menschen zu Gute kommen.

Um die Strompreise zu entlasten, wurde zudem bereits im vergangenen Jahr die EEG-Umlage zur Deckung der Kosten des nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz vergüteten Stroms gesenkt. Mit Beginn des Jahres 2022 wurde die EEG-Umlage weiter zurückgeführt. Auch eine Senkung der EEG-Umlage wirkt den preiserhöhenden Effekten entgegen, die von den aktuell hohen Weltmarktpreisen für Gas, Öl oder Kohle ausgehen. Vor diesem Hintergrund ist das Vorhaben der Bundesregierung besonders hervorzuheben, die EEG-Umlage spätestens mit Beginn des Jahres 2023 komplett zu streichen.

Die gestiegenen Energiekosten führen uns nach einer langen Phase moderater Öl- und Gaspreise aber auch vor Augen, dass fossile Energie endlich ist. Ein Weiter so führt uns nicht nur in Bezug auf das Klima, sondern auch ökonomisch in eine Sackgasse. Wir müssen auch in der mittleren Frist mit steigenden Preisen für fossile Energie rechnen. Unsere Antwort darauf kann nur lauten, Schritt für Schritt unseren Konsum fossiler Energie abzubauen. Hier gilt es, den Bürgerinnen und Bürgern praktikable Wege und Lösungen aufzuzeigen und zu eröffnen, um den Belastungen durch Energieeinsparungen entgegen zu wirken. In diesem Sinne wirkt gute Klimapolitik mittelfristig auch inflationsdämmend. Die geplanten kurzfristigen staatlichen Hilfen für einkommensschwache Haushalte werden zudem dazu beitragen, einer Verfestigung höherer Inflationserwartungen entgegenzuwirken. Damit unterstützen die öffentlichen Haushalte die Europäische Zentralbank in ihrer Aufgabe, für Preis-

Stabilität zu sorgen.

Ich fasse zusammen: Die Inflationsrate fiel im Jahr 2021 außergewöhnlich hoch aus. Hierfür lassen sich verschiedene Gründe anführen, die vorübergehender Natur sein dürften, deren genaue Dauer sich aber derzeit nur schwer abschätzen lässt. Es besteht vor diesem Hintergrund kein Anlass zu übertriebenen Befürchtungen, was die Entwicklung der Inflation im laufenden Jahr betrifft. Nichtsdestotrotz gilt es, die durchaus bestehenden Risiken für die weitere Entwicklung ebenso im Auge zu behalten wie die sozialen Folgen – insbesondere stark gestiegene Preise für Energie und Nahrungsmittel.